



Foto: Reuters/Francois Lenoir

PARLAMENTARISCHER LOBBYISMUS

Vor anderthalb Jahren trat die NGO **Finance Watch** in Brüssel als „Greenpeace der Finanzwelt“ an. Zu ihren Gründern zählt der frühere Attac-Frontmann und heutige Grünen-Europa-Abgeordnete Sven Giegold. Die Arbeitsweise der selbst ernannten Anti-Banken-Lobby verrät viel darüber, wie **Interessenvertretung** bei der **Europäischen Union** funktioniert.

TEXT: Sarah Sommer und Olaf Wittrock

Ein Müllsack voll mit Briefen von Lobbyisten: Finance-Watch-Mitgründer Sven Giegold, hier im Brüsseler EU-Parlament, zählt zu den schärfsten Kritikern der Finanzlobby.

„Für eine Finanzindustrie, die der Gesellschaft dient.“ Mit diesem Slogan wirbt der Brüsseler Verein Finance Watch auf seiner Homepage. „Freund“ kann werden, wer auf das entsprechende Banner klickt, spenden, wer sich mit Name und Adresse einträgt. Schließlich wolle die NGO ihrem Ziel, die Regeln der Finanzwelt zu ändern, „in völliger Unabhängigkeit“ nachgehen und ein „effizientes Gegengewicht zur Finanzlobby“ schaffen. Der Aufruf endet mit einem Wunsch: „Bitte besuchen Sie regelmäßig unsere Website, auf der Sie sich immer über unsere Arbeit informieren können und Ihnen fachliche Aspekte verschiedener Vorschriften auf einfache Weise erklärt werden.“

Abstrakt und etwas hölzern klingt es, wenn Finance Watch um Unterstützung wirbt. Gegründet vor anderthalb Jahren, kämpft sich die Organisation mit nur sieben Mitarbeitern durch den Alltag der vielsprachigen EU. Das Thema, dem sie sich verschrieben hat, ist komplex: Sie widmet sich fast ausschließlich der EU-Finanzmarktregulierung. Das Wort genügt, um in der breiten Öffentlichkeit für Desinteresse zu sorgen. Ganz zu schweigen von Themen wie Eigenkapitalrichtlinien für Banken, Leerverkäufe, Hochfrequenzhandel und Neuordnung des Markts für Wertpapierdienstleistungen.

Es sind vor allem politische Akteure, andere Verbände und NGOs, die Finance Watch tragen. Den Anstoß zur Gründung gaben 22 EU-Parlamentarier, darunter an vorderster Front Sven Giegold, Mitgründer von Attac Deutschland, seit 2008 Grünen Mitglied und seit 2009 für die Partei im Europa-Parlament. Im Sommer 2010 veröffentlichten die frustrierten Abgeord-

neten einen fraktionsübergreifenden Hilferuf. Angesichts immer neuer Gesetzesvorhaben, die nach Ausbruch der Finanzkrise auf sie einprasselten, suchten sie einen Gegenpol zur wachsenden Einflussnahme der Finanzlobby.

Auf die Petition folgte ein regelrechter „Call“, also eine Ausschreibung für die zunächst von der EU finanzierte Institution. Schließlich gründete sich Finance Watch als Verein vieler Verbände. Heute hat die NGO 67 Mitglieder: 26 Privatleute und 41 Organisationen, darunter Attac Frankreich, Heinrich Böll Stiftung, Oxfam, mehrere Gewerkschaften und der europäische Verbraucherschutzverband BEUC.

Immer noch bezahlt die Arbeit hauptsächlich die EU. Neben Mitgliedsbeiträgen fließen Mittel von gemeinnützigen, von privaten Mäzenen finanzierten Organisationen wie der niederländischen Adessium-Stiftung, der deutschen Maecenata Stiftung und der schweizerischen Fondation Charles Léopold Mayer. Auf Geld von der Finanzindustrie verzichtet die Wunsch-NGO der Parlamentarier – das beschert ihr einen Vertrauensvorschuss bei Politikern.

Die breite Öffentlichkeit bekommt von Finance Watch wenig mit. Dabei hatten die Initiatoren Kampagnenarbeit versprochen. Sven Giegold zog im Vorfeld der Gründung im SZ-Interview sogar Vergleiche zu BUND und Greenpeace. Doch von deren PR-Schlagkraft ist die NGO weit entfernt. „Finance Watch konzentriert sich darauf, Gegenexpertise einzubringen“, sagt Nina Katzemich, EU-Referentin der Organisation LobbyControl. „Bei der Lautstärke in Richtung Öffentlichkeit könnten sie den Regler sicher höher drehen.“ >>



Nina Katzemich
EU-Referentin
von LobbyControl

„Finance Watch konzentriert sich darauf, Gegenexpertise einzubringen.“

„In Brüssel vergisst man manchmal, Gesetzesvorhaben so zu erklären, dass der Bürger begreift, was das mit seiner Lebenswirklichkeit zu tun hat.“

Greg Ford, Kommunikationschef Finance Watch



Foto: Finance Watch

„Öffentliches Interesse ist nicht einfach die Summe privater Interessen“, sagt Finance-Watch-Generalsekretär und Ex-Banker Thierry Philipponnat.

Doch Finance-Watch-Generalsekretär Thierry Philipponnat, selbst jahrelang Banker, und seine Mitstreiter wollen gar nicht auf der Welle öffentlicher Anti-Bankenstimmung segeln und die Institute mit spektakulären Aktionen an den Pranger stellen. Für die Anliegen der NGO wäre das wohl auch nicht zielführend. Die Abgeordneten scheinen jedenfalls zufrieden mit der Kommunikation der von ihnen selbst gegründeten Lobby. Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europa-Gruppe, Berichterstatter für wichtige Finanzreformen im Parlament und Mitglied im mächtigen Wirtschafts- und Währungsausschuss, lobt die diskreten Lobbyisten: „Finance Watch arbeitet mit Mitgliedern des Ausschusses eng zusammen und hat sich schnell ein gutes Renommee erarbeitet.“

Die NGO habe sich als glaubwürdige Institution erwiesen, die den EU-Abgeordneten eine objektive Bewertung von Kom-

missionsvorschlägen biete. Für die Parlamentarier sei das ein echter Mehrwert. „Aus meiner Sicht sind andere Interessengruppen nicht schlagkräftiger aufgestellt. Finance Watch ist durchaus im Equilibrium der Interessenvertreter in Brüssel“, sagt Ferber.

Medienarbeit heißt bei Finance Watch in erster Linie, Pressemitteilungen, Dossiers und Positionspapiere zu veröffentlichen. Hinzu kommen ein Blog, Karikaturen und Comics, beispielsweise zum Bankenreformpaket Basel III und zu Spekulationsgeschäften. „In Brüssel vergisst man manchmal, Gesetzesvorhaben so zu erklären, dass der normale Bürger begreifen kann, was das mit seiner Lebenswirklichkeit zu tun hat“, sagt Greg Ford, Kommunikationschef von Finance Watch. Das Ziel sei, die Vorgänge in der Finanzindustrie zu entmystifizieren. „Das wollen wir mit solchen Cartoons und mit Schaubildern erreichen. Wir werden künftig mehr davon produzieren.“

Darüber hinaus erklärt die Kommunikation, was Finance Watch tut. „Wir stellen unsere Sicht der Dinge dar, erläutern die Zusammenhänge und veröffentlichen Ergebnisse unserer Analysen, auch um öffentliche Debatten anzustoßen“, sagt Ford. Anders als bei Greenpeace und BUND ist Öffentlichkeitsarbeit selten Selbstzweck. Die NGO ist in erster Linie Lobbyist, also selbst im politischen Raum aktiv. Entsprechend packt sie ihre Website voll mit fachlichen Eingaben zu Gesetzesvorhaben, etwa zum Europäischen Investment Fonds. „Jeder, der sich dafür interessiert, soll sehen können, wie die Finanzmarktreforemen in Brüssel vorangehen“, so Ford.

Burkhard Balz ist als Vize-Koordinator der konservativen EVP-Fraktion im EU-Parlament ein beliebter Adressat Brüsseler Lobbyisten. Den Gründungsauftrag für Finance Watch hat er als einer der ersten Abgeordneten unterzeichnet – und begrüßt es, dass sich die NGO nicht wie Greenpeace gebärdet.



prmagazin: Als Finance Watch gegründet wurde, hoffte mancher, die Organisation werde das „Greenpeace der Finanzmärkte“. In der breiten Öffentlichkeit kennt heute kaum jemand die Organisation. Sind Sie als Mitinitiator enttäuscht?

Balz: Im Gegenteil. Natürlich steckt Finance Watch in den Kinderschuhen. Was Generalsekretär Thierry Philipponnat und seine Mitarbeiter geleistet haben, ist aber beachtlich. Sie sind fester Bestandteil bei Veranstaltungen des Wirtschaftsausschusses, liefern hilfreiche Informationen und Analysen. In persönlichen Gesprächen habe ich Herrn Philipponnat als sehr kompetenten Gesprächspartner erlebt. Die Zivilgesellschaft hat mit Finance Watch eine Stimme bekommen.

prmagazin: Aber eine Stimme, die außerhalb der Brüsseler Politzirkel kaum gehört wird.

Balz: Es mag sein, dass Finance Watch seine Öffentlichkeitsarbeit weiterentwickeln sollte. Das „Greenpeace der Finanz-

industrie“ zu werden, ist aber vielleicht nicht das richtige Ziel. Spektakuläre Aktionen am Rand der Legalität, wie sie etwa Greenpeace einsetzt, würde ich mir für Finance Watch nicht wünschen. Ich und meine Kollegen im Parlament hätten damit ein Problem.

prmagazin: Finance Watch muss sich mit sieben festen Mitarbeitern gegen die sehr gut aufgestellte Lobby der Finanzindustrie Gehör verschaffen. Wäre ein bisschen Krawall da nicht ein wirksames Mittel, um Druck zu machen?

Balz: Das glaube ich nicht. Mehr Öffentlichkeitsarbeit: gern. Aber bitte kein Krawall. Die Glaubwürdigkeit von Finance Watch ist sehr hoch. Es ist wichtig, dass das auch so bleibt. Mehr Personal wäre sicher wünschenswert, damit Finance Watch mehr Themen abdecken kann. Aber die Frage ist, wie man das finanziert. Zusätzliches Geld dürfte keinesfalls aus der Finanzindustrie kommen. <<

Nina Katzemich von LobbyControl meldet Zweifel an. Zum Stil des Brüsseler Lobbyismus gehöre nun mal Überzeugungsarbeit hinter verschlossenen Türen – noch stärker als in den Hauptstädten vieler EU-Staaten. „Wer in Brüssel etwas erreichen will, muss in die Hinterzimmer“, sagt sie. „Da gibt es Treffen mit Kommissaren, Expertengruppen, Business Lunchs, Think-tank-Veranstaltungen, zu denen nur Mitglieder zugelassen sind.“

Viele NGOs könnten sich die teils kostenpflichtigen Events nicht leisten und seien damit de facto ausgeschlossen. Wer mitmache, sei automatisch Teil des Systems der exklusiven Zirkel. „Erst wenn diese Intransparenz beseitigt ist und alle einen gleichberechtigten Zugang zu Entscheidungen haben, kann eine Gegenlobby wirklich wirken“, so Katzemich. „Dann wären die Ressourcen zwar immer noch un-

gleich verteilt, aber immerhin wäre klar, wer wann und für wen Einfluss nimmt.“

Finance Watch erkläre gern, für das Gemeinwohl und öffentliche Interessen einzutreten – im Gegensatz zur Finanzlobby, die bei Regulierungsvorhaben zwar oft vor nachteiligen Folgen für die Gesellschaft warne, in Wahrheit aber eigene Anliegen vertrete. In den Worten von Generalsekretär Philipponnat: „Öffentliches Interesse ist nicht einfach die Summe privater Interessen. Alle unsere Mitglieder sind überzeugt, dass die Finanzwelt der Gesellschaft dienen muss. Nicht umgekehrt.“

So sozial dieses Anliegen daherkommt:

Am Ende steckt dahinter nur eine weitere, in diesem Fall verbraucher- und arbeitnehmernahe Interessenvertretung. Das jedenfalls erklärte bei Finance-Watch-Grün- >>



Im EU-Transparenzregister sind 374 Organisationen gelistet, die sich mit Wirtschafts- und Finanzfragen befassen. Ihre Zahl wächst stetig, denn die Nachfrage aus der Brüsseler Politik nach unabhängiger Expertise ist groß.

derung Markus Becker-Melching, Mitglied der Geschäftsführung im Bundesverband deutscher Banken: „Argumente und Expertisen in der Debatte um die Finanzmarktpolitik sind herzlich willkommen. Finance Watch ist dabei natürlich nicht ein unparteiischer und neutraler Dritter in der Debatte, sondern vertritt – aufgrund seiner Mitgliederstruktur – spezifische Interessen.“ Die Organisation sei daher gefordert, diese Interessen und politischen Überzeugungen offenzulegen.

Was der Bankenverband heute über Finance Watch denkt, ist nicht zu erfahren. Er will sich nicht konkret zu deren Arbeit äußern. „Je mehr Interessengruppen ihre Meinung artikulieren, umso höher ist die Chance, eine sachgerechte Entscheidung seitens der Politik zu fällen“, heißt es offiziell nur noch. „Die Tätigkeit von Finance Watch beziehungsweise deren Träger zu beurteilen, steht uns nicht zu.“ Man sei aber auch kein unmittelbarer Adressat von deren Arbeit.

Offiziell sieht die Finanzwirtschaft die NGO gelassen: „Die Arbeit der Finance-Watch-Mitarbeiter richtet sich eher auf die Informationsversorgung der Parlamentarier, als sich mit Banken zu befassen, sie anzugreifen oder mit ihnen ins Gespräch zu kommen“, so ein Sprecher der Commerzbank. „Dass jetzt eine neue Stimme dazugekommen ist, nehmen wir sportlich“, sagt eine Brüsseler Bankenlobbyistin.

Nicolas Véron vom 2004 gegründeten Thinktank Brussels European and Global Economic Laboratory (Bruegel) beobachtet, dass sich die Finance-Watch-Mitarbeiter direkt im Gesetzgebungsprozess Gehör verschaffen, anders als die Bruegel-Leute,

die sich auf wirtschaftspolitische Beratung konzentrieren und eher in den Debatten im vorparlamentarischen Raum aktiv seien. „Die Stimme von Finance Watch wird in Brüssel gehört“, sagt er.

Das heißt einiges: Im zentralen EU-Transparenzregister sind 374 Organisationen gelistet, die angeben, sich mit Wirtschafts- und Finanzfragen zu befassen, darunter große wie Brot für die Welt und Attac, aber auch kleine wie Build a Better Bank (Bubeba) und das britische Financial Services Consumer Panel, die sich ähnlich wie Finance Watch für Verbraucher und Bankkunden einsetzen. Mit ihnen konkurriert die NGO ebenso um Aufmerksamkeit wie mit Thinktanks wie Bruegel, die in den Lobbyverzeichnissen der EU nicht auftauchen, weil sie nicht als Lobbygruppen, sondern als objektive Informationsdienste wahrgenommen werden wollen.

Die Nachfrage aus der Brüsseler Politik nach unabhängiger Expertise sei groß, sagt Véron von Bruegel. „Das erklärt, warum die Zahl der Akteure immer stärker wächst.“ Die nächste NGO nach Brüsseler Prägung steht schon in den Startlöchern: Im September einigte sich der Handlungsausschuss des EU-Parlaments, 200.000 Euro als Anschubfinanzierung für eine Organisation zur Verfügung zu stellen, die mehr Transparenz in die komplexen Handelsverhandlungen der EU bringt – auch hier dominieren derzeit die Lobbyisten aus den Konzernen die Debatte. Name der neuesten Wunsch-NGO der Abgeordneten: Trade Watch. <<

Olaf Wittrock und Sarah Sommer arbeiten als freie Journalisten in Köln.